Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,750.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tagblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk. mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 270. Dienstag den 27. September 1887. 81. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Diebstahls-Bekanntmachung.

Gestohlen wurden hier erstattener Anzeige zufolge:

1) ein dunkelbrauner **Winterüberzieher** von rauhem starken Stoff, mit 2 Reihen Knöpfen, Sammetkragen und schwarzem Wollatlasfutter, ein braungestreifter Stoffrock mit einer Reihe Knöpfe und schwarzem Wollatlasfutter, eine **Jagd-Joppe** mit 2 Reihen Hirschhornknöpfen und einem zugenähten Riß über der Brust sowie ein grauer **Jacket** von kleincarriertem Sommerstoff mit einer Reihe Hornknöpfe und schwarzem Futter, aus einem Vorplatze in Nr. 23 der Magazingasse, in den letzten 2 Monaten;

2) ein **Ballen mit wollenen Waaren**, signirt: △ 3297 im Gewicht von 11 Kilo, von einem Rollwagen am Auskunftsgitterboden des Bayerischen Bahnhofs, vom 11. bis 12. dss. Mts. Nachts;

3) ein Paar **Hosen** von grau- und schwarzgestreiften Sommerstoff, aus einer Wohnung in Nr. 5 der Sidonienstraße, vom 14. bis 18. dss. Mts.;

4) eine schwarze **Ledertasche**, signirt: „**von Bremen nach Carlsbad**, Nr. 164", im Gewicht von 14 Kilogr., mit **div. Reise-Effecten**, vom Ankunfts-Perron des Magdeburger Bahnhofs, am 16. dss. Mts.;

5) ca. **5 Meter Gummischlauch**, eine **Handaxt**, am Oehr signirt: „K. M.", eine große **Zimmeraxt**, am Oehr signirt: „R. P. K.", ein **Stechbeutel** und ein **Klapphalz**, aus der Kellerabtheilung eines Neubaues an der Moschelesstraße mittelst **Einbruchs**, vom 17. bis 19. dss. Mts.;

6) ein **Gehrock** von schwarzem gerieften Stoff mit schwarzen Steinnußknöpfen, ein Paar graue **Segeltuchhosen**, eine grauwollene **Sommermütze**, eine **Reisetasche** von schwarzem Ledertuch mit Bügel, **2 Schuhmacheraxtfeile** und **2 Paar Ledersohlen**, aus der verschlossenen Gartenabtheilung Nr. 7 an Schimmels Teich, vom 18. bis 19. dss. Mts., mittelst **Einbruchs**;

7) eine goldene längliche **Brosche** mit 5—6 Granaten, aus einer Wohnung in Nr. 32 der Thalstraße, am 19. dss. Mts.;

8) eine **Holzkiste**, signirt: ⅄ 66048 mit **50 Kilogramm Oranienburger Seife**, aus der Remise in Nr. 21 der Ritterstraße;

9) eine **Kiste**, 60 cm lang, 36 cm breit und 30 cm hoch, gezeichnet: „Louis Hübrich aus St. Gangloff" und „J. E. Pohl, Neuhodt bei Stolpen", enthaltend **22 Kränze** von bunten künstlichen Blumen und **41 Ballzweige** von bunten und schwarzen dergl., aus dem Hofraume Nr. 15 des Brühls, am 22. dss. Mts.;

10) **3 Stück** verschiedene **Accordeons**, aus einer **Wohnung** auf dem Marktplatze, am 23. dss. Mts. Abends;

11) eine silberne **Cylinder-Remontoiruhr** mit Goldrand, Secunde und gerieftem Rückdeckel, in 11 Steinen gehend, mit kurzer langgliedriger **Messingkette** mit schwarzem Stein-Medaillon, in der Promenade am Rose- oder Augustusplatz mittelst **Taschendiebstahls**, am 22. dss. Mts. Abends;

12) ein Teschin, im Rohr „E. T." signirt, **2 Gärtner-Hippen** und ein **Dentier-Messer**, aus dem verschlossenen Gartenhause der Abtheilung 41 in Schreber's Gärten an der Harkortstraße, vom 21. bis 22. dss. Mts. Nachts, mittelst **Einbruchs**.

Etwaige Wahrnehmungen über den Verbleib der gestohlenen Gegenstände oder den Thäter sind ungesäumt bei unserer Criminal-Abtheilung zur Anzeige zu bringen.

Leipzig, am 26. September 1887.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
J. V.:
Junck, Pol.-Rath. K.

Steuer-Zuschlag zur Deckung des Aufwandes der Handelskammer.

Die Handelskammer hat beschlossen, zur Deckung ihres Verwaltungs-Aufwandes, einschließlich des Aufwandes der Börse, von ihren Wahlberechtigten, d. i. von denjenigen Kaufleuten und Fabrikanten in Leipzig und im Bezirke der Kreishauptmannschaft Leipzig, welche in Spalte d des Einkommensteuer-Katasters (Einkommen aus Handel, Gewerbe u. s. w.) mit mindestens 1900 ℳ eingeschätzt sind, für das laufende Jahr einen **Steuer-Zuschlag von vier Pfennig auf jede Mark** desjenigen Steuersatzes, welcher nach der in §. 12 des Einkommensteuergesetzes enthaltenen Scala auf das in Spalte d des Einkommensteuer-Katasters eingestellte Einkommen jedes Beitragspflichtigen entfallen würde, mit dem auf den **30. September d. J.** anstehenden Hebetermin erheben zu lassen, und es wird dieser Zuschlag hiermit ausgeschrieben.

Leipzig, den 27. August 1887.

Der Vorsitzende der Handelskammer.
Dr. Wachsmuth. Dr. Gensel. S.

Productenbörse zu Leipzig.

Nachwahl für den Schätzungs-Ausschuß betr.

Nachdem einer der bei in der Versammlung vom 13. d. M. seitens der Besucher der Productenbörse in den Schätzungs-Ausschuß gewählten Herren die auf ihn gefallene Wahl **abgelehnt**, hat sich die Anberaumung einer **anderweiten Wahlversammlung** nothwendig gemacht, zu welcher die Mitglieder der Productenbörse auf

Dienstag, den 27. September, Nachmittags 1 Uhr,

hiermit eingeladen werden, um die Wahl des **dritten** aus ihrer Mitte in den Schätzungs-Ausschuß zu entsendenden Mitgliedes vorzunehmen. Zur Gültigkeit derselben ist **absolute** Stimmenmehrheit erforderlich.

Nur **Semester-** (nicht Tages-) Karten berechtigen zur Theilnahme an diesem im kleinen Börsensaale stattfindenden Wahlactus.

Leipzig, den 19. September 1887.

Die Delegirten der 2. Abtheilung des Börsenvorstandes.
Fr. Schmidt, C. Albr. Brockhoff, Georg Schroeder.
Biegl, Börsensecretair.

Bekanntmachung.
Erfurter Stadt-Anleihen.

Die am 1. October d. J. fälligen Zins-Coupons vorgedachter Anleihen werden eingelöst und zwar diejenigen der
I. und II. Ausgabe
bei der **Stadthauptcasse in Erfurt**,
bei der **Deutschen Bank in Berlin**,
bei der **Privatbank zu Gotha**
— Filiale Leipzig —
sowie die der III. Ausgabe bei der **Stadthauptcasse in Erfurt** und beim Bankhause **A. Stürcke** daselbst.

Erfurt, den 23. September 1887.

Der Magistrat.

Nichtamtlicher Theil.

Das Ergebniß der Zusammenkunft in Friedrichsruh.

Alle Meldungen stimmen darin überein, daß Graf Kalnoky sehr befriedigt von dem Meinungsaustausch mit dem Fürsten Bismarck von Friedrichsruh nach Wien zurückgekehrt ist. Was der „Temps" meldet, daß Graf Kalnoky mit dem Fürsten Bismarck übereingekommen sei, in der bulgarischen Frage eine abwartende Haltung einzunehmen, da die Ueberstürzung der Ereignisse nur schaden könne, entspricht der Lage so vollständig, daß an der Richtigkeit der Meldung nicht zu zweifeln ist. Es ist klar, daß eine öffentliche Kundgebung des zwischen Oesterreich und Deutschland herrschenden Einverständnisses über die beiderseitige Politik auf der Balkanhalbinsel der russischen Regierung nicht willkommen sein kann, weil dadurch die Verwirklichung der russischen Pläne unmöglich gemacht wird. Rußland selbst hat die Politik des Abwartens als die seinen Interessen zuträglichste erkannt, um so mehr muß es aber wünschen, daß die anderen Mächte handeln, vor allen die Türkei. Hier ist es aber auf den hartnäckigsten Widerstand unter Berufung auf den Berliner Vertrag gestoßen. Deshalb nimmt Rußland jetzt die Miene an, daß es gleichfalls kein anderes Ziel als die Wiederherstellung des verletzten Berliner Vertrages anstrebt.

Diesem Gedanken giebt ein Artikel des Brüsseler „Nord" Ausdruck, worin die Erwartung ausgesprochen wird, daß in Friedrichsruh ein Abkommen getroffen wurde zum Zweck der Wiederherstellung des Berliner Vertrags. Die russische Regierung hat natürlich das Recht, diese Erwartung zu hegen, aber es es zweckdienlich ist, dem Ausdruck derselben die Drohung hinzuzufügen, daß der Abschluß einer anders gearteten Abmachung dem Frieden nicht förderlich sein würde, ist eine andere Frage. In dieser Drohung giebt sich unzweifelhaft ein starkes Mißvergnügen darüber kund, daß die Zusammenkunft in Friedrichsruh stattgefunden hat. Das Mißvergnügen ist um so erklärlicher nach der etwas unvorsichtigen Aeußerung des „Nord", daß die Kaiserbegegnungen in Skiernewice und Kremsier jeder politischen Bedeutung entbehrt hätten, denn die gleiche Behauptung läßt sich der Zusammenkunft in Friedrichsruh gegenüber nicht aufrechterhalten. Bei einer Zusammenkunft gekrönter Häupter können persönliche und verwandtschaftliche Beweggründe vorwalten, obwohl dieselben auch kaum ausreichend sein dürften für die Ausführung weiter Reisen; aber bei einer Fahrt des österreichisch-ungarischen Ministers des Auswärtigen zum deutschen Reichskanzler muß der politische Beweggrund als ausschlaggebend anerkannt werden, wenn auch die beiden Staatsmänner für einander einen noch so hohen Grad von Freundschaft und Achtung hegen. Die russische Regierung konnte sich der Ueberzeugung nicht erwehren, daß in Friedrichsruh ein Gedankenaustausch über die Behandlung der bulgarischen Frage stattgefunden hat.

Es liegt in der Natur der persönlichen Begegnungen, daß sie nicht zum Gegenstande amtlicher Mittheilungen gemacht werden, es sei denn, daß dadurch ihr Zweck erst erreicht wird. Das scheint bei der Friedrichsruher Zusammenkunft nicht der Fall zu sein, denn der Artikel des „Nord" bezeugt, daß nach St. Petersburg bisher keine amtliche Mittheilung über das Ergebniß der Zusammenkunft gelangt ist. Herr v. Goers ist in Unkenntniß über Das, was in Friedrichsruh vereinbart worden ist, und ist darauf angewiesen, abzuwarten, in welcher Weise die Wirkungen der Zusammenkunft hervortreten werden. Die Voraussetzung, daß Oesterreich und Deutschland in ihrer Haltung Bulgarien gegenüber noch russischer sein werden als Rußland, also etwa die gewaltsame Entfernung des Fürsten Ferdinand aus Bulgarien beschlossen haben könnten, ist so bodenlos, daß sie auf russischer Seite nicht als vorhanden angenommen werden kann. Andererseits schließt die Vereinbarung zur abwartenden Politik selbstständige Schritte zur Lösung der bulgarischen Frage aus.

Der türkische Standpunct ist der allein richtige, welcher solche Maßregeln für zweckmäßig erachtet, daß sie die Zustimmung aller Vertragsmächte erhalten können. Rußland hat die Richtigkeit der türkischen Meinungsäußerung nicht von der Hand weisen können, und deshalb haben bereits Conferenzen zwischen dem türkischen Großvezier und dem Minister des Auswärtigen einerseits und dem russischen Geschäftsträger Onou andererseits stattgefunden, um eine Lösung zu finden, welche Aussicht hat, von allen Vertragsmächten als annehmbar befunden zu werden. Das Gerücht hat ein neues Schlagwort aus dieser Berathung russischer und türkischer Staatsmänner abgeleitet und dasselbe gemischte Commission genannt. In Sofia hat man dem Schlagwort bereits eine gemeinverständliche Auslegung gegeben und dasselbe dahin erklärt, daß ein russischer Statthalter in Begleitung eines türkischen und eines österreichischen Commissars nach Bulgarien gesandt werden sollen, um den verletzten Berliner Vertrag wiederherzustellen, oder mit anderen Worten, den Fürsten Ferdinand zu vertreiben und eine russisch-türkisch-österreichische Verwaltung an seine Stelle zu setzen.

Dieser Versuch, die bulgarische Frage theoretisch zu lösen, ist gewiß der unglücklichste von allen Versuchen dieser Art, welche bisher gemacht worden sind. Es spricht sich darin die unlösbare Schwierigkeit aus, die Wünsche Rußlands, der Türkei und Oesterreichs unter eine gemeinsame Form zu bringen. Ein russischer Statthalter in Begleitung eines türkischen Commissars läßt sich denken; das würde einfach eine neue Ausdrucksform der längst geltenden Thatsache sein, daß die türkische Selbstständigkeit durch die russischen Herrschgelüste sehr empfindliche Einbuße erlitten hat. Aber wo der österreichische Commissar daneben Platz finden soll, dafür muß dem Urheber des Gerüchts die Erklärung überlassen bleiben.

Aus der gegenwärtigen Sachlage ist ersichtlich, daß eine so ränkevolle Politik wie die russische an der Unmöglichkeit zu Schanden werden muß, unter dem Schein der Aufrechthaltung des Rechtsstandpuncts die Durchführung zu beanspruchen. Wenn es sich für Rußland wirklich darum handelte, in Bulgarien dem Berliner Vertrage die Geltung zu sichern und allen Versuchen entgegenzutreten, ihn außer Kraft zu setzen, dann wäre das Einverständniß aller Vertragsmächte längst gewonnen. Da aber der Berliner Vertrag für Rußland nur den Vorwand bildet, um auf der Balkanhalbinsel seine dauernde Herrschaft aufzurichten, so geräth die russische Politik mit der türkischen, österreichischen, englischen und italienischen in unlösbaren Widerstreit, weil die beiden Parteien den Berliner Vertrag verschieden auslegen. Rußland betrachtet den Vertrag als das Mittel, in Bulgarien dauernd Fuß zu fassen, während die Gegenpartei ihn als das Palladium erkennt, durch welches die Unabhängigkeit der Balkanstaaten von Rußland gewährleistet wird. Daß diese beiden Auffassungen unvereinbar sind, liegt auf der Hand; Rußland aber kann und will das nicht zugeben, weil sonst seine ganze Balkanpolitik Schiffbruch leiden würde.

Deutschland liegt die schwierige Aufgabe ob, zwischen diesen beiden einander ausschließenden Standpuncten eine Vermittelung zu suchen, Rußland einen gewissen Einfluß in Bulgarien zuzugestehen, aber als Grenze zwischen der russischen Begehrlichkeit und den Interessen der mit Oesterreich gleiche Ziele verfolgenden Mächte den Berliner Vertrag festzuhalten. Wie schwierig diese Aufgabe ist, zeigt der bisherige Verlauf der bulgarischen Krisis, und die am schwersten wiegende Thatsache ist die, daß sich Fürst Ferdinand nun schon den zweiten Monat als solcher trotz der mangelnden Bestätigung durch die Vertragsmächte in Bulgarien behauptet. Wenn es nach dem Willen Rußlands ginge, dann wäre ihm der Zutritt in das Land verschlossen worden, da er nun aber in Sofia ist, bietet Rußland Alles auf, um ihn von dort wieder zu vertreiben. Die Türkei wäre die einzige Stelle, von welcher aus dieses Ziel ohne Einspruch der Vertragsmächte geschehen könnte; wenn die Türkei aber Energie genug besäße, um Bulgarien ihre Macht fühlen zu lassen, dann würde sie die gleiche Thatkraft und Selbstständigkeit auch Rußland gegenüber zeigen, und das würde wieder nicht mit den russischen Absichten in Einklang stehen. Das Beste, was man unter solchen unverbesserlichen Verhältnissen thun kann, ist, die Entwickelung der Ereignisse ruhig abzuwarten. Darüber sind Deutschland und Oesterreich-Ungarn einverstanden und daher die Unzufriedenheit Rußlands mit den Ergebnissen der Zusammenkunft in Friedrichsruh. *

Leipzig, 27. September 1887.

* Die zustehenden Ausschüsse des Bundesraths beschäftigten sich vor wenigen Tagen mit den Ausführungsbestimmungen zum Branntweinsteuergesetz, über welche eine für Dienstag in Aussicht genommene Plenarsitzung die endgiltige Entscheidung treffen sollte. Nach der „Kölnischen Zeitung" zugehenden Andeutungen dürfte die Annahme gerechtfertigt sein, daß zunächst eine unveränderte Zustimmung des Bundesraths zu den Ausführungsbestimmungen erfolgen wird. Sehr wahrscheinlich aber bleibt eine spätere Revision der jetzigen Bestimmungen an der Hand der zu erwartenden Erfahrungen über die praktische Anwendung des Gesetzes. Es wird wiederholt darauf hingewiesen, daß für die erste Zeit des Inkrafttretens des Gesetzes mancherlei Uebergangsbestimmungen auf dem Verwaltungswege zu treffen sein dürften, wie es sich denn auch andererseits bestätigt, daß die technischen Vorbereitungen noch nicht vollständig abgeschlossen sind und also auch in dieser Beziehung mancherlei Ergänzungen erst in den nächsten Monaten zu erwarten bleiben.

* Der Gesammtbericht der Untersuchung über die Frage der Sonntagsfeier wird dem Bundesrathe wie dem Reichstage genau so wie die einzelnen Theile zur Kenntnißnahme zugehen. Augenscheinlich legt die Regierung um so weniger Werth auf eine parlamentarische Verhandlung über diese Angelegenheit, als sie mit der Anstellung der Untersuchung ihrerseits die dem Reichstag früher gemachte Zusage erfüllt hat und augenscheinlich durch die Aufnahme den Beweis erbracht zu haben glaubt, daß weitere gesetzliche Schritte nicht erforderlich seien. Inzwischen verlautet, daß die Rechte und das Centrum dennoch gewillt sind, die Frage noch einmal zum Gegenstand eingehender Erörterungen zu machen; ein Erfolg wird sich indessen schwerlich erreichen lassen, da mit Bestimmtheit verlautet, daß die verbündeten Regierungen die in den Einzelstaaten vorhandenen Vorschriften als ausreichend erachten.

* Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" weist darauf hin, daß die Tagespresse sich in den jüngsten Tagen wiederholt mit Betrachtungen über die diesjährigen Manöver in unserem Heere beschäftigt und dieselben zum Gegenstand von Erörterungen gemacht hat, die, wie mehrfach gesagt wurde, in fachmännischen Kreisen gepflogen worden seien. „Diese Betrachtungen gipfelten vornehmlich in Aussprüchen warmer Anerkennung bezüglich der taktischen Ausbildung der Infanterie mit dem Repetiergewehr und der intelligenten Leitung der Truppen im Feuergefecht, ferner in einer günstigen Beurtheilung der Ausrüstung der Fußtruppen mit dem neuen Gepäck, und ebenso in reichem Lob, das den neuen Vorschriften über die Ausbildung im Schießen und im Felddienst, das heißt der neuen Schieß- und Felddienstordnung, gespendet wurde." Hieran knüpft sie folgende Erörterung: „Wir wollen allen diesen Bemerkungen ihre Berechtigung nicht im entferntesten bestreiten. Erwägt man aber, daß die größeren Uebungen in unserem Heere erst vor wenigen Tagen ihren Abschluß erhalten haben, und daß die Ansichten und Eindrücke, welche über den in diesem Jahre zum ersten Male zum Gebrauch und zur Anwendung gelangten Heeresapparat gewonnen werden, an competenter Stelle wohl kaum schon zu endgiltigen Urtheilen zusammengefaßt sein können, so ist es doch vielleicht nicht überflüssig, den vorerwähnten Wahrnehmungen gegenüber, welche bereits in der Presse anderer Länder Gegenstand skeptischer Bemerkungen geworden, deren rein publicistischen Charakter zu betonen und unter Hinweis auf den bekannten Ausspruch „La critique est aisée, mais l'art est difficile" die gut gemeinten Urtheile, auf welche die sogenannten fachmännischen Betrachtungen über die Ergebnisse der diesjährigen Manöver hinauskommen, vorerst eben nur als den Ausdruck des allgemeinen Interesses an der Entwickelung unserer Wehrkraft aufzufassen."

* Der diesjährige (vierte) nationalliberale Parteitag für Thüringen findet Sonntag, den 9. October, in Jena statt. Die Hauptversammlung wird Nachmittags 2½ Uhr im Theatersaale des „Goldenen Engel" abgehalten werden, eine Vertrauensmännerversammlung in einem anderen Zimmer desselben Gasthofs um 1 Uhr. Die nationalliberalen thüringischen Abgeordneten Gebel (Eisenach), Haueberg (Gotha), Metzer (Jena), Müller (Weimar) und Zeiß (Meiningen) haben ihr Erscheinen und ihre Betheiligung durch Vorträge zugesagt. Mitglieder und Freunde der nationalliberalen Partei werden zu zahlreicher Betheiligung an der Versammlung vom Central-Comité eingeladen.

* Von einer Verstärkung der deutschen Truppen an der französischen Ostgrenze weiß die „Metzer Zeitung" zu berichten: die Verstärkung sei gegen Ende dieses Monats zu erwarten. Wie man der „Weser-Zeitung" hierzu aus Metz schreibt, handelt es sich darum, zwei Jäger-Bataillone und ein Regiment Feld-Artillerie, die ersteren beiden in den Garnisonen jenseits der Vogesen, das letztere nach Constans zu verlegen, um für die neu zu formirenden Regimenter in den alten Garnisonsorten Platz zu gewinnen. Daraus werde von selbst auch eine Vermehrung der Garnisonen in Elsaß-Lothringen folgen. Wie aus Anzeigen von Bau-Unternehmern, die Hunderte von Arbeitern suchen, zu entnehmen sei, werde an den Kasernen in Dienze, Saarburg und anderen Orten mit großer Energie gearbeitet, auch werde nach Beendigung der Manöver die Metzer Garnison um die reitende Abtheilung eines Artillerie-Regiments vermehrt werden.

* Der päpstliche Nuntius in München richtete an die deutschen Bischöfe ein mittheilendes Rundschreiben über seine Ernennung und den Antritt des hohen Amtes. In ihren Antworten drückten die Bischöfe ihre Freude darüber aus, daß der Papst die katholischen Interessen Deutschlands in so vorzügliche Hände gelegt habe.

* * *

* Der Rücktritt des Feldmarschall-Lieutenants Erzherzogs Johann vom Commando der dritten Infanterie-Division erregt allgemeines Aufsehen und wird lebhaft bedauert, da der Erzherzog in militairischen Kreisen sehr beliebt ist und als ein sehr fähiger Officier gilt. Die Ursachen des Rücktritts sind nicht bekannt, es scheint, daß sie ausschließlich persönlicher Natur sind. Der Erzherzog will sich demnächst ins Ausland begeben. In dem Text des österreichischen Armee-Verordnungsblattes wird dem Erzherzog weder eine Anerkennung ausgedrückt, noch eine weitere Verwendung zugewiesen. Erzherzog Johann ist Verfasser mehrerer militairischer und antispiritistischer Broschüren.

* Zur Suezcanalfrage wird der „Politischen Correspondenz" aus London, 22. September, geschrieben:

Die Nachricht von dem bereits erfolgten Abschluß eines Ueberseinkommens zwischen England und Frankreich bezüglich der Suezcanalfrage hat in den politischen Kreisen Englands lebhafte Ueberraschung hervorgerufen und keineswegs allgemeinen Glauben gefunden. In der That ist man zu der Annahme berechtigt, daß diese Nachricht in der positiven Form wenigstens, in welcher sie auftrat, den Ereignissen vorausgeeilt ist, wenn man die Reserve wahrnimmt, welche seitens der englischen Regierungskreise und der Organe des Foreign office der erwähnten Meldung gegenüber beobachtet wird. Allem Anscheine nach dürfte es damit die Bewandtniß haben, daß in meritorischer Beziehung betreffs der Suezcanalfrage zwischen London und Paris wohl eine Verständigung bereits erzielt wurde, ohne daß jedoch letztere schon bis zum formellen Abschlusse eines Uebereinkommens gediehen wäre. Thatsache ist, daß seit dem Scheitern der letzten englisch-türkischen Convention zwischen den Cabineten von London und Paris direct vertrauliche Verhandlungen und zwar keineswegs über die Neutralisirung des Suezcanals allein, sondern über die egyptische Frage in ihrer Gesammtheit gepflogen wurden. Es wäre überhaupt eine fast naive zu nennende Auffassung, zu glauben, daß die formale Herstellung der, wenn nicht de jure, so doch de facto bestehenden Neutralität des Suezcanals für das französische Cabinet den Gegenstand heißen diplomatischen Bemühens bilden könnte. Das erständige wahre Interesse aller Bestrebungen der französischen Regierung ist die Befreiung des Nilstandes von der englischen Besatzung. Dies wurde von allen bisherigen französischen Regierungen mitunter mit wahrer Leidenschaftlichkeit betrieben, und auf dieses Ziel arbeitet auch das Cabinet Rouvier-Flourens hin. Die Pariser Regierung steht eben unter dem Drucke der öffentlichen Meinung Frankreichs, welche an der Neutralisirung des Suezcanals nur sehr kühlen Antheil nimmt, während sie in der Besetzung Egyptens durch die Engländer eine Demüthigung erblicken zu sollen glaubt.

Die Nachricht, daß die Durchführung und Ueberwachung der Neutralisirung des Suezcanals einer internationalen Commission anvertraut werden solle, findet in den politischen Kreisen Englands keine beifällige Aufnahme. Man betont, es sei unbillig, daß England, obgleich an der Offenhaltung des Canals stärker interessirt als alle anderen Mächte, in der Commission blos durch eine Stimme vertreten sein soll, und man weist auf die Möglichkeit hin, daß die anderen Mächte sich im Falle eines Krieges vereinigen könnten, um der Durchfahrt durch den Canal Hindernisse zu bereiten, eine Eventualität, durch welche England viel empfindlicher betroffen würde als jede andere Macht. Was endlich den Plan betrifft, zum Schutze des Canals an dessen Küsten 2000 Mann Truppen aufzustellen, ruft derselbe hier ziemlich lebhaften Widerspruch hervor, da man in vielen Kreisen darin ein Hinterthürchen für die Einführung französischer Truppen in Egypten erblickt.

* Nach einer Meldung der „Politischen Correspondenz" aus Bukarest äußert sich in den daselbst aus Sofia eingelaufenden Berichten aus Kreisen, welche dem Prinzen Ferdinand von Koburg und der bulgarischen Regierung nahestehen, eine große Zuversicht, die Schwierigkeiten der Lage durch Ausdauer überwinden zu können. Besonderen Werth lege man in Sofia auf die Besuche, welche dem Prinzen seitens der Vertreter der Balkanländer gemacht wurden, indem man darin ein werthvolles Anzeichen erblickt, daß die betreffenden Regierungen entschlossen seien, etwaigen Versuchen der bulgarischen Emigranten, die Ruhe Bulgariens von den benachbarten Territorien aus zu stören, loyal entgegenzutreten. Ein für die Regierung günstiges Ergebniß der Sobranje-Wahlen gelte in Sofia als gewiß und daran knüpfe sich die weitere Hoffnung einer günstigen Rückwirkung auf die Stimmung im Auslande, indem das Vertrauen in den Bestand der gegenwärtigen Ordnung in Bulgarien hierdurch eine wesentliche Stärkung erfahren werde.

* Cetinje, die kleine Hauptstadt des Berglandes, rüstet sich zum Empfange hoher Gäste. Fürst Nikolaus wurde durch den englischen Minister-Residenten verständigt, daß der Herzog und die Herzogin von Edinburgh am 4. October in der Bocche eintreffen und daselbst einen mehrtägigen Aufenthalt nehmen werden. Der Herrscher von Montenegro beeilte sich daraufhin, den Commandanten der englischen Mittelmeer-Escadre und dessen Gemahlin (bekanntlich eine Tochter des Zaren Alexander II.) zu einem Besuche in Cetinje einzuladen. Die Einladung wurde angenommen und die englischen Gäste dürften am 5. October daselbst eintreffen. Der Minister-Präsident, Oberwojwode Vozo Petrovic, zwei Adjutanten des Fürsten, der Kriegsminister Plamenac, sowie eine Abtheilung Perjanik werden die hohen Gäste schon an der Grenze empfangen, während der Fürst, die Fürstin, Kronprinz Danilo, Prinz Peter Karajeorgjewitsch und die anderen Mitglieder der fürstlichen Familie das Prinzenpaar am Eingange in das Cetinjer Thal begrüßen werden. Im neuen Palais werden sich alle in Cetinje anwesenden Wojwoden dem Herzog und der Herzogin vorstellen, worauf ein Galadiner stattfinden wird, dem die Besichtigung